

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



# Danziger Zeitung.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allerhöchst geruht: Dem Geh. Ober-Reg.-Rath v. Klußow, vorr. Rath im Min. des Innern, den Notulen Adler-Orden zweiter Classe mit Eichenlaub, dem Schullehrer Hellling zu Diesdorf den Adler der vierten Classe des K. Hausordens von Hohenzollern, dem Schullehrer Strelker zu Bernstein das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Pastor Hermann in Jauer zum Superintendenten zu ernennen; und dem Stadtphysikus Dr. Müller in Goslar den Character als Sanitätsrath zu verleihen.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Breslau, 10. Mai. Die Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe wurde gestern Abend durch den Präsidenten Grafen Burghaus und Geheimen Regierungsrath Setegast begrüßt. Bis dahin waren bereits 1580 Mitglieder anwesend. Heute Mittag war die erste Plenarversammlung, in welcher die offizielle Begrüßung und Bildung der einzelnen Sectionen erfolgte. Die Thierschau und die Productenausstellung wird Nachmittags eröffnet, die Eröffnung des Maschinenmarktes findet morgen statt. (W. T.)

Darmstadt, 10. Mai. Die Abgeordnetenkammer beschloß in ihrer heutigen Sitzung in Übereinstimmung mit ihren früheren Beschlüssen die Buzierung der Actiengesellschaften zur Einkommensteuer. (W. T.)

Wien, 10. Mai. Reichsrath. Das Abgeordnetenhaus hat den Gesetzentwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Bludenz an die bayerische Grenze mit Zweigbahnen an die Rheingrenze und an die österreichisch-schweizerische Grenze genehmigt. Das Herrenhaus nahm das Volkschulgesetz unverändert an, nachdem ein Antrag auf Uebergang zur Tagessordnung abgelehnt worden war. — Die „Wiener Abendpost“ erklärt die Behauptung mehrerer Zeitungen betreffend das angebliche Nichtvorhandensein der Offiziersheirathscavitionen für unbegründet. Nach amtlicher Nachweisung ist der vollständige Cautionsstand von 69 Millionen fl. vorhanden, und können alle gesetzmäßig zu erhebenden Ansprüche ohne Aufstand befriedigt werden. (W. T.)

Das Abgeordnetenhaus hat das Recrutementcontingentsgesetz für 1869 und das Gesetz betreffend Eheschließungen zwischen Personen, welche keiner gesetzlich anerkannten Kirche angehören, angenommen. (N. T.)

Bern, 10. Mai. Der Bundesrat hat dem Norddeutschen Bunde, Baden und Italien erklärt, daß er bereit sei, die Unterhandlungen betreffs der St. Gotthardbahn in Bern zu eröffnen. (N. T.)

St. Gallen, 10. Mai. Dem Regierungsrathe liegt gegenwärtig der Vertragsentwurf zwischen dem Confortium von Pariser Banquiers und der Gesellschaft der vereinigten Schweizerbahnen vor über die Eisenbahnverbindung mit der Lombardie. Die projectierte Linie würde längs des Vorber-Rheinthalens über den Lutmanier nach Bellinzona, mit Abzweigung nach Locarno, und dann über den Monte Generale nach Camerata, dem Anschlusspunkte des lombardischen Netzes, geben. Der Regierungsrath hat zwei seiner Mitglieder, Aeppli und Zünd, zur Theilnahme an den diesbezüglichen Conferenzen abgeordnet.

## Die Communalsteuer-Immunitäten der Beamten und Soldaten.

Die zur Zeit beim Bundesrat schwedenden Verhandlungen über die Heranziehung von Militärpersonen zu den Communalabgaben lassen eine Darstellung und Kritik der gesetzlichen Bestimmungen, durch welche die Stellung des Militärs und der Beamten zu diesen Steuern überhaupt geregelt wird, vielleicht nicht unerwünscht erscheinen. Durch die gleichlautenden Vorschriften der Paragraphen 4 in den Städteordnungen für die östlichen Provinzen, für Westphalen und für Rheinland vom 30. Mai 1853, 19. März und 15. Mai 1856, sowie durch § 10 e. des Ges. vom 11. Juli 1822 sind die servisberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes von allen directen städtischen Auflagen befreit, sofern sie nicht innerhalb des Stadtbezirks Grundeiethum besitzen, ein stehendes Gewerbe treiben oder als Militärärzte aus der Civilpraxis Einkommen beziehen. Diese ihnen eben nicht in ihrer Eigenschaft als Soldaten stehenden Erwerbsquellen unterliegen der städtischen Steuer. Von den Beamten genießen die Geistlichen und Schullehrer nach Alinea 12 des § 4 der Städteordnung von 1853 und nach gleichlautenden Bestimmungen der übrigen Städteordnung unbedingte Freiheit von allen persönlichen directen Gemeindeabgaben, Kirchendiener, soweit ihnen solche Befreiungen 1850 zustanden; alle übrigen unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten können aber zur Communalsteuer nur dann herangezogen werden, wenn dieselbe in Form einer allgemeinen Einkommensteuer von allen Einwohnern der Stadt erhoben wird und dürfen dazu bei einem Diensteinkommen bis zu 250 Thaler höchstens 1, bis zu 500 Thaler höchstens 1½ und darüber höchstens 2% desselben beitragen. Fragen wir nach den Gründen dieser ganz außerordentlichen Bevorzugungen, so sind dieselben, soweit es sich um die Staatsbeamten handelt, nach den §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 11. Juli 1822 darin zu suchen, daß das Diensteinkommen einerseits seinem ganzen Dasein nach von dem Leben, der Gesundheit und andern zufälligen Verhältnissen der Person abhängt und andererseits seinem ganzen Betrage nach bestimmt ist, und dadurch auf der einen Seite gegen Grund- und Kapitaleinkommen und auf der andern gegen Gewerbeinkommen im Nachteil steht. „Auch „nur dem Staat daran liegen, daß den Beamten, welche als solche ihr Einkommen durch die den übrigen Einwohnern vermittelst des städtischen Vereins dargebotene Gelegenheit zum Erwerb nicht vermehren können, ihr Unterhalt unter keinen Umständen zu sehr geschmälert werde“. Die Freiheit der Militärpersonen von Communalsteuern beruht dagegen auf der Fiction, daß dieselben gar nicht Einwohner des Stadtbezirks sind, sondern sich nur vorübergehend derselbst in Garnison befinden. Man hat sich an diese Vorrechte der Beamten und des Mili-

tärs auch bereits so sehr gewöhnt, daß selten noch nach einer Motivierung derselben gefragt, daß vielmehr als selbstverständlich angenommen wird, denselben sollte dadurch eine Erhöhung ihres Diensteinkommes gewahrt werden.

Wir vermögen jedoch keinen dieser Rechtfertigungsversuche für gelungen zu erklären und sehen auch nicht den allergeringsten Grund, die Militärs und Beamte anders wie die übrigen Einwohner der Stadt und nicht auch unbedingt als Mitglieder der Stadtgemeinde zu betrachten, deren Theilnahme an den städtischen Gemeindelasten — wie bei allen übrigen — ein Correlat der Berechtigung zur Mitbenutzung der öffentlichen Gemeindeanstalten ist. Oder benutzen die Beamten und Militärs nicht in gleichem Maße, wie die andern communalsteuerpflichtigen städtischen Einwohner das städtische Steinpflaster und Gaslicht, schicken sie ihre Kinder nicht in die von der Stadt mit bedeutenden Mitteln unterhaltenen Schulen, sind sie bezüglich der Armenpflege von dem städtischen Armenverbände ausgeschlossen, oder macht hier nicht gerade der Staat ganz besondere Ansprüche an die Communen, indem er die Begründung des Wohnsitzes und damit des Hilfdomicils für Beamte sofort mit ihrem Antrage eintreten und deshalb bei Militärs besonders lange andauern läßt? Die Leistungen aber, welche der Beamte dem Gemeinwesen erweist, werden vom Staate, als dem Vertreter des letztern honorirt und können nicht beliebig auf Andere, auf die Commune, abgewälzt werden. Die Grundsätze „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“, „Leistung und Gegenleistung“ erscheinen hier vielmehr auf den Kopf gestellt und in „mehr Rechte, weniger Pflichten“, „Leistung ohne Gegenleistung“ verkehrt worden zu sein. Oder können wir mit dem Gesetzgeber von 1822 das Diensteinkommen der Beamten wegen der Zusätzlichen, denen das Leben und die Gesundheit der selben ausgesetzt ist, gegen das Grund- und Capitaleinkommen und wegen der Fixirtheit seines Betrages gegen das Gewerbeinkommen für benachtheilt ansiehen und daher der befordernden Berücksichtigung empfehlen? Uns drückt, daß Zusätzlichen, die in der Unzuverlässigkeit alles menschlichen Schaffens und Denkens überhaupt begründet sind, dem Capitalisten ebenso wenig, wie dem Beamten erspart sind, und daß gerade die Sicherheit, mit welcher der Beamte dem Quartalstage entgegen steht, einen nicht hoch genug zu schätzenden Vorzug vor dem Capitalisten und Gewerbetreibenden begründet. Ebenso wenig halten wir die Möglichkeit einer Vermehrung des Beamteninkommes, die dem Bürger durch den städtischen Verein dargeboten sein soll, für ausgeschlossen, da gerade der Beamte durch Pflichttreue und Fleiß, sowie durch Übernahme von Nebenämtern, Gehaltszulagen und Gratificationen zu erlangen in der Lage ist.

Wir müssen daher leugnen, daß der Beamte oder Soldat der Commune gegenüber eine andere Stellung einnimmt, als irgend ein anderer städtischer Einwohner; wir können auch nicht die Fiktion billigen, als wohne der Soldat nur zeitweise in der Stadt, denn auch der Aufenthalt jedes Andern ist von Umständen aller Art bedingt und kann nicht im Voraus seiner Dauer nach bestimmt werden. Wir vermögen ferner keinen Unterschied in der Natur des Dienst- und des Einkommens aus andern Erwerbsquellen und durch andere Betriebsarten zu erblicken. Wir können endlich den Staat nicht für berechtigt erklären, seinen Beamten Gehaltszulagen auf Kosten der Commune zu machen.

Es kann hiernach nicht zweifelhaft erscheinen, daß die vollständige Befreiung aller Befreiungen von der Communalsteuer eine rechtliche Notwendigkeit ist, die durch die allgemeine Calamität der städtischen Verwaltungen, welche durch die großen an sie neuerdings herantretenden Anforderungen aller Art, bei denen der Staat übrigens keine müßige Rolle spielt, bedingt wird, auch eine thatsächliche, nicht zu unterschätzende Unterstützung erhält.

## Norddeutscher Reichstag.

38. Sitzung am 10. Mai.

Die Allgemeine Deutsche Wechselordnung wird in dritter Lesung fast einstimmig genehmigt.

Beschlagnahmegericht der Arbeits- und Dienstlohn, zweite Lesung. § 1 bestimmt nach dem Commissionsvorschlag, daß Löhne ic. erst dann von Gläubigern in Beschlag genommen werden dürfen, nachdem die Leistung der Arbeiter oder Dienst erfolgt ist und nachdem der bestimmte Zahlungstag verlaufen ist. Das Gesetz soll keine Anwendung finden bei Beamtengehalten, bei Betreibung von Steuern, auf Gehalte von im Privatdienst angestellten Personen, falls dasselbe nicht 400 R. jährlich übersteigt. — Abg. Lefse: Durch eingehende Beschäftigung mit der Frage habe ich eine von meiner früheren abweichende Ansicht gewonnen, besonders aus wirtschaftlichen Gründen. Wir wollen dem Missstände abhelfen, indem wir die Beschlagnahme des Lohnes durch gesetzliche Regelung einschränken. Dafür genügt die Regierungsvorlage (sie bestimmt, daß die Beschlagnahme des Lohnes, ohne Rücksicht ob derselbe bereits verdient ist oder nicht, nur in soweit eintreten kann, als dieser nicht zum nothdürftigen Unterhalt des Arbeiters und seiner Familie dient), die Commission geht zu weit. Juristisch ist die Beschlagnahme auch vor der beendeten Leistung zweifellos gerechtfertigt, wo ein obligatorisches Verhältnis vorliegt. Die Vorlage will dem Arbeiter durch Gewährung einer Kompetenz die Möglichkeit erhalten, den aus dem Arbeitsvertrage ihm erwachsenden Verpflichtungen nachzulehmen, die Vorschläge der Commission schaffen aber ein Singularrecht. So lange man die Bestimmungen des § 1 nicht generalisiert, bleibt er eine Ausnahmebestimmung, der ich nicht zustimmen kann. Wirtschaftlich scheint es hart, dem arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter durch solche Einschränkungen den Credit zu schmälern, es wird dadurch Execution ic. herbeigeführt. Deshalb hat die Commission selbst Ausnahmen statuiren müssen. Auch diese sind nicht immer genügend motiviert. Es

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Interate nehmen an: in Berlin: A. Detemeyer, Rud. Dose; in Leipzig: Eugen Fert, H. Engler; in Hamburg: Haasestein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann'sche Buchhandl.

# Zeitung.

ist nicht der Weg der Freiheit, sondern des Zwanges, wenn man die wirtschaftliche Freiheit beschränkt um ein sociales Uebel zu beseitigen. Nach den von Lefse eingebrochenen Amendements soll der Lohn nur dann der Beschlagnahme unterliegen, wenn ein dauerndes, mindestens monatliches Vertragsverhältnis verabredet ist, zulässig ist dieselbe, gleichviel ob der Lohn bereits verdient ist oder nicht, nur in so weit er nicht zum nothdürftigen Unterhalt des Schuldners und seiner Angehörigen dient; als unentbehrlich ist mindestens 1/3 des Lohnes anzunehmen. — Bundes-Comm. Lefse: Die Gültigkeit des Lohnarrests wird in der Vorlage mit Einschränkung der Competenz bejaht, von der Commission verneint. Für eins der Prinzipien soll das Haus sich entscheiden. Rechtlich unterliegt vertragsmäßiger Lohn der Beschlagnahme, deshalb muß aber dem Arbeiter soviel gelassen werden, als er zum Lebensunterhalt braucht. Das Prinzip der Commission, welches sich nur auf erwerbsmäßigen Lohn bezieht, macht hier das jugendliche zum Privileg. Sind für solches Gründe vorhanden? Der Arbeiter würde durch dasselbe unter ein System der Bevormundung gestellt, dem man ihn sonst entziehen will. Die aus dem Prinzip der Vorlage entspringenden Uebelstände sind geringer als die in dem der Commission enthaltenen. Die wirtschaftliche Existenz des Schuldners darf vor Alem nie gefährdet werden. Ein Sonderrecht, wie es die Commission schaffen will, dürfte später den übrigen Klassen nicht vorenthalten werden und dadurch würde eine Umgestaltung des geltenden Rechts angebahnt. Die Exemption für die Arbeiter von der allgemeinen Rechtsregel führt auf eine abschüssige Bahn (Beifall rechts). — Abg. Waldeck: In dem Commissionsvorschlage wird nur ein altes Recht anerkannt, teilweise Beschlagnahmen bringen dieselben Uebelstände und erzeugen einen ungesehenen Credit, der die Leute ruinirt. Auch die Arbeitgeber sind einstimmig in den Klagen über die aus dem Lohnarrest erwachsenden Uebelstände; bei dem Gericht in Dortmund sind allein 10,000 solcher Beschlagnahme in einem Jahre vorgekommen. Ist schon die Festlegung eines bestimmten Einnahmages (von 400 R.) verfänglich, so klagen die Richter über Festsetzung der Competenz noch viel mehr. Nehmen Sie dieses Werk, welches ich für eine vorzügliche Frucht der Einigung gegen seitiger Ansichten halte, so an, wie es Ihnen geboten wird, denn es ist durchaus geeignet, diese schon so lange hingeholte Frage zweckmäßig zu lösen. — Abg. v. Wedemeyer bemerkte, daß die Commission bestimmte Categoryen von Arbeiten zu bezeichnen und den Uebelstand, daß dem Richter, der von Arbeiterbedürfnissen nichts weiß, die Competenz bestimmen soll, vermieden hat. Für ländliche Arbeiter sind die Beschlagnahmen am schädlichsten, weil sie sehr häufig und in der Regel vorkommen, wenn die Leute erst wenige Tage in Dienst sind. Lohnarreste erfolgen stets, ehe der ländliche Arbeiter oder Dienstbote etwas verdient hat; er verläßt dann den Dienst, wird freier Arbeiter und schließlich Landstreicher. Verfahren wir also nach dem Grundsatz: Thue Recht, schaue Niemand. (Beifall.) — Abg. v. Seydelwitz hält es für bedenklich, nach Aufhebung der Schulhaft die Executionsmittel noch mehr zu beschränken und empfiehlt die Vorlage event. den Antrag Lefse. — Abg. Becker: Die Aufhebung der Schulhaft war nur ein Glied in der Kette von Reformen, die des Lohnarrestes ist ein weiteres; folgen muß ihnen noch die Verstärkung der Executionen auf Wirtschafts- und Handwerksgeräthe und die Bestimmung, daß Forderungen für auf der Stelle verzehrte Lebensmittel, für Brantwein und Tabak als untragbar erklärt werden. Der Lohnarrest ist nur eine potenzierte Schulhaft, der auf ihm beruhende Credit ein ungesunder, der ruinöse, den es gibt. Ein Richter erzählte mir von einem Lohnarrestantrage für 5 R., die sich aus lauter einzelnen Schnäppen aufgebaut hatten; ohne Lohnarrest würde dem Manne nicht 1/3 der Summe geborgt sein. Im Rheinlande existirt er nicht und keine Stimme hat ihn dort gewünscht. Im Dortmunder Kreise aber, wo er in höchster Blüthe steht, hatte ein Arbeiter in einem Winter 349 R. vom Lohnarrest abgezahlt und schuldet noch 107 R. Alles für Manufacturwaren, die er sonst schwerlich gekauft haben würde. Der Krämer hatte ihm natürlich verlegene Ware für hohen Preis verkauft. Es gibt solche Krämer und Kaufleute, die sich wie Vampire an die Arbeiter hängen und einen Fabrikort vollständig aufzehren. Die Arrestlage ist gewöhnlich der erste Schritt zum wirtschaftlichen Ruin der Arbeiter. Weil ich wünsche, daß solchen Zuständen bald ein Ende gemacht werde, stimme ich für die Commissionsanträge. Abg. v. Unruh hat zwar Bedenken gegen das Gesetz, da sich die Arbeiter jedoch selbst gegen den Lohnarrest ausgesprochen hätten, und er keinen Grund habe, sich zum Vorwurf minderwertiger Männer aufzuwerfen, so werde auch er der Commissionsvorlage zustimmen. Ref. Lasker: Execution ist nur auf das Capital, nicht auf die Arbeitskraft angewandt. Selbst das stark gewordene römische Recht, dessen Vertreter der Bundescommis ist, konnte sich dem Einfluß des realen Lebens nicht ganz entziehen, ich hoffe, daß die alte Jurisprudenz, die bald die veraltete heißen möge, sich mit der Commissionsvorlage versöhnen werde. Hält der Commissar ein auf bestimmte Verhältnisse bezogenes Recht für Singularrecht, so haben wir solche fast überall, denn es ist unmöglich ein Gesetz schablonenmäßig allen Verhältnissen anzupassen. Dann könnten wir nach Hause gehen und die Gesetzgebung den Professoren überlassen. Wir aber haben einzutreten, immer wo allgemeine Grundsätze vom Leben durchbrochen werden. Aus demselben Grunde, den der Herr Bundescommis gegen unsere Vorschläge aufwies, empfiehlt ich Ihnen dieselben; gerade weil dadurch ein Anfang gemacht wird, umso heutige Jurisprudenz zu durchbrechen und eine neue Regelung des allgemeinen Rechtssystems herzuführen, bitte ich Sie, unsere Vorlage anzunehmen. (Beifall.) Das Amendent Lefse wird abgelehnt und § 1 der Commissionsvorlage unter lebhaftem Bravo gegen eine

verschwindende Minorität angenommen. Desgleichen § 2 und 3; zu § 4 (Ausnahmen) beantragt Grumbrecht, daß Steuern nur sofern sie nicht länger als 3 Monate fällig geworden sind, ausgenommen bleiben. Abg. Fries will noch einschalten „auf Betreibung der auf gesetzlicher Vorschrift beruhenden Alimentationsansprüche der Familienmitglieder.“ Mit diesen Amendments wird § 4 angenommen, § 5 und das Gesetz im Ganzen werden genehmigt.

Das berichtigte Budget für 1868 beantragt v. Hoverbeck an eine Commission zur Vorberatung zu überweisen, weil er die Contraverse nicht augenblicklich zu lösen im Stande ist. Was soll gelten, die vom Reichstag 1867 genehmigten Specialeats oder solche nach französischem Muster gefertigte Berichtigung? Am kürzesten wäre ein Nachtragsforderung für nachgewiesenen Mehrbedarf gewesen. — Abg. v. Benda hält dies erste berichtigte Budget auch für das letzte; dieser Zwischenfall mahnt auf's Neue an den Zustand der Bundes-Finanzverwaltung ohne eigene Betriebsmittel. Abg. Lasker hält sich an die Frage, wie sie hier vorliegt, und kann die Bedenken v. Hoverbecks nicht für unerheblich halten. Die Frage kann nur sein: wie läßt sich der mit der Rectification verfolgte Zweck in verfassungsmäßiger Form erreichen? Einfach durch eine Nachtragsforderung an den Reichstag, die als ein selbstständiges Finanzgesetz behandelt werden muß, wenn wir nicht in das bedenkliche System doppelter Budgets gerathen sollen, mit denen sich allerdings sehr bequem regieren läßt. — Präsident Delbrück: Die Vorlage hat den doppelten Zweck, den erhöhten Betrag der Matrikularbeiträge für 1868 festzustellen und für die Etatsüberschreitungen die Genehmigung des Reichstages nachzusuchen. Die Regierungen meinten, daß die Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht geprüft und bewilligt werden könne, ohne daß zugleich auf die Etatsüberschreitungen eingegangen wird. Die Vorlage vom Jahre 1867 wird nicht befehligt. Das aber die Erreichung jenes doppelten Zweckes in der Form mit der Verfassung nicht im Einlaufe sei, läßt sich wohl nicht behaupten. — Abg. v. Hoverbeck und Hagen vertreten mit Nachdruck die Verweisung an eine Commission, die auch beschlossen wird. — Dagegen stimmt die Rechte. — Nächste Sitzung: Dienstag.

\* Berlin, 10. Mai. [Die Befreiung der Telegraphengebühren. Consularbericht aus Spanien. Anerkennung für die Rettung deutscher Schiffer. v. Senfft-Pilsach.] Der Abg. Forkel hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle nach Annahme des Gesetzes, betreffend die Portofreiheiten den Bundeskanzler auffordern, dem Reichstag in seiner nächsten Sesslon den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches die Befreiungen von Telegraphengebühren nach den Grundsägen des Gesetzes, betreffend die Portofreiheiten, regelt.“ Uebrigens berichtet die „Corr. St.“, daß, wenn das Gesetz über die Portofreiheiten perfect geworden ist, auf reglementarischem Wege sofort und ohne die dadurch nicht ausgeschlossene gesetzliche Regelung abzuwarten, mit der Beschränkung der Befreiung von den Telegraphengebühren vorangegangen werden wird und zwar sollen hierbei genau dieselben Grenzen innegehalten werden, welche der Reichstag bei den Portofreiheiten gezogen hat. — Nach dem Berichte des in Barcelona angestellten Consuls des Nordb. Bundes wird eine Hebung des arg darunter liegenden spanischen Handels mit davon abhängig sein, ob die großen Reformpläne durchgeführt werden und das bisherige alte verrottete Handelsystem durch ein neues, dem jetzigen Beitalter gemäßes ersetzt wird. Es sei in der That die höchste Zeit, daß Spanien endlich in diejenigen Bahnen einlenke, auf welchen die übrigen europäischen Culturstaaten schon lange vorgeschritten seien. Die schweren Opfer, welche das Land durch das Schutzzoll- und Prohibitiv-System zu Gunsten einiger bevorzugten getragen hat, müßten endlich aufgehoben. Als ein großer Uebelstand für die Schiffer wird die Rechtsunsicherheit in Spanien hervorgehoben. Es entstehen dadurch über Gebühr viele Streitfragen zwischen Schiffen und Empfängern der Ladung, welche zum größten Theile verhindert werden könnten, wenn die Schiffer bei Abschließung der Chartepartie mit größerer Sorgfalt und Genauigkeit zu Werke gingen. — Von Bremen her ist bei der obersten Bundesbehörde angeregt worden, in die Ausfertigung von Ehrengeboten für die Rettung deutscher Schiffsmannschaften durch Fremde ein gewisses System zu bringen. Jetzt gibt Preußen in solchen Fällen einen Orden; daran liegt aber Niemandem weniger als den Seemännern, und England hat daher längst die (auch in den Hansestädten übliche) Gewohnheit angenommen, statt dessen nützliche nautische Instrumente zu schenken, im Werthe bemessen nach dem Umfang und der Schwierigkeit des geleisteten Dienstes. Auch muß die Sache in Consequenz der einheitlichen Norddeutschen Flagge offenbar bundesmäßig geregelt werden. — Hr. v. Senfft-Pilsach hat gegen die „Börsenzeitung“ eine Anklage beantragt, weil sie einige Scherze über seine Rede in der Beschlagsnahme-Debatte gemacht. Es hat sich nun ergeben, daß die betreffende Stelle der Rete — von den depositirten irischen Königen, welche jetzt die Schweinehüter — im stenographischen Bericht fehlt, obgleich alle Zeitungs-Berichterstatter sie gehört haben. Die Redaktion der „Börsenzeitung“ wird in Folge dessen die zeugniedliche Vernehmung des Präsidenten des Herrenhauses und anderer Mitglieder derselben darüber beantreden, ob Hr. v. Senfft-Pilsach jene Worte wirklich gebrauchte.

[Der Entwurf eines neuen Militär-Strafverfahrens] schreibt die „Voss. Btg.“, soll sich bereits in der Vorbereitung befinden und dürfte dessen Einführung vielleicht schon in dem nächsten Jahre erfolgen. Ein geheimes Verfahren soll fernerhin nur noch bei den Verhandlungen über Landes- und Kriegsverrat stattfinden; sonst jedoch wird durchgehends die öffentliche und mündliche Verhandlung an die Stelle des bisherigen geheimen schriftlichen Verfahrens treten. Ebenso wird dem Angellagten ein unbedingtes Vertheidigungrecht gewährt werden. Die Leitung des Prozesses, wie die Erhebung und Vertretung der Anklage, bleiben richterlicher Personen übertragen und die Aburtheilung wird durch eine Militärjurym erfolgen. Der Entwurf soll sich, wie alle neueren Militär-Bestimmungen, auf den Gefamntumfang der Nordb. Armee bezogen finden, und da gegenwärtig zugleich für die süddeutschen Heereskörper eine Reform des Militär-Strafverfahrens in Aussicht genommen ist, wird sogar die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein, für diesen wichtigen Zweig der Rechtspflege mindestens eine Gemeinsamkeit der Prinzipien für die gesamte deutsche Armee herbeiführen zu können.

[Verschiedene Bundesfürsten in der Bühre] des Reichstags müssen durch Zufall eigenthümliche Kritiken über die Verhältnisse ihrer Staaten entgegennehmen. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin war Zeuge der

Schilderungen, welche Moritz Wiggers von den dortigen Postzuständen machte, und der junge Fürst Neuß jüngere Linie mußte aus dem Munde des Abgeordneten Dr. Becker (Dortmund) erfahren, daß die Summe des freien Portos, welches von den Mitgliedern seines Hauses in Anspruch genommen, etwa derjenigen entspricht, welche das ganze Land an Porto aufbringt.

Oesterreich. Pest, 8. Mai. [Der Präses der Pest Schulcommission] beantragte die Absendung eines oder zweier Lehrer auf Stadtosten zu dem in Berlin stattfindenden deutschen Lehrertage und Errichtung ungarischer Lehrertage nach deutschem Vorbilde. Der Magistrat überwies diese Anträge an die Schulcommission zur Begutachtung. (N. fr. Pr.)

England. London, 10. Mai. [In Cork] hat gestern zu Gunsten des Bürgermeisters O'Sullivan eine Demonstration stattgefunden, an der sich etwa 10,000 Personen beteiligten. O'Sullivan trifft heute in London ein. (N. T.)

[Ein Brief aus Frankfurt] im Cityberichte der „Times“ macht darauf aufmerksam, daß die Frankfurter Börse durch die vorgeschlagene Börsensteuer viel von ihrer bisherigen Bedeutung einbüßen würde, indem die großen auswärtigen Anleihen, welche hier früher abgeschlossen wurden, fernerhin in Wien oder München, außerhalb des preußischen Gebietes, contrahirt werden dürften. Die Börsensteuer sei eine Nachahmung des französischen Gesetzes; man müsse aber bedenken, daß es für Paris keine Concurrenz gebe, während man in Frankfurt nicht um 1 % theurer sein kann, als in den nebenbuhlerischen Börsen von München, Wien oder Amsterdam.

Frankreich. Paris, 10. Mai. [Über die Rede des Kaisers in Chartres], von der bereits der Telegraph berichtet hat, ist noch Folgendes nachzutragen: In Erwidung auf eine Ansprache des Bürgermeisters, erinnerte der Kaiser daran, daß Chartres die erste Stadt gewesen wäre, welche er nach seiner Ernennung zum Präsidenten der Republik besucht hätte. Hier habe er zum ersten Male zur Verbündlichkeit aufgerufen und alle guten Bürger erfuhr, ihre Klagen wie ihren Groll dem allgemeinen Besten zum Opfer zu bringen. „Hente nach 17 Jahren der Ruhe und des Wohlstandes, fuhr der Kaiser fort, richte ich dieselbe Mahnung an Sie, aber mit mehr Autorität und Zuversicht. Wie im Jahre 1848 wende ich mich abermals an die Ehrenmänner aller Parteien und fordere Sie auf, den regelmäßigen Gang meiner Regierung auf der freisinnigen Bahn, welche Sie sich vorgezeichnet hat, zu unterstützen und den auf Umsturz abzielenden Leidenschaften, die wieder aufzuleben scheinen, um das unerschütterliche Werk des allgemeinen Stimmrechts zu bedrohen, einen unüberwindlichen Widerstand entgegenzusetzen.“ (N. T.)

— Man erzählt viel von einem Gutachten, das der Kaiser angeblich von Baroche über die Thunlichkeit der Abschaffung der Todesstrafe eingesetzt haben soll.

— In Finanzkreisen ist das Gericht vielfach beglückt, die Fusion der beiden transatlantischen Kabel-Gesellschaften, der englischen und der französischen, wäre sehr nahe bevorstehend. Bestätigt sich dies, so wäre die Hoffnung auf Ermäßigung des Depeschentarifs schlechterdings eine vergebliche gewesen.

— [Verborgte Redactoren.] Belustigend ist die Thatsache, daß offizielle Pariser Blätter zur Zeit einige ihrer Redactoren an Provinzzeitungen ausleihen, um angestochene Candidaturen zu unterstützen. So hat die „Patrie“ Hrn. Gresse nach Autun entsandt, damit er durch seine Artikel die Mehrheit des Präsidenten Schneider zu vergrößern suche, und einen andern Mitarbeiter, Hrn. Troussel, nach Poitiers, um dem ziemlich bedrängten Hrn. v. Soubeiran zu Hilfe zu kommen.

Spanien. Madrid, 9. Mai. [In der heutigen Sitzung der Cortes] erklärte der Minister des Auswärtigen, Lorenzana, ehe Spanien daran denken könne, mit England über eine Abtretung Gibraltars zu unterhandeln, müsse es erst den Rang einer Großmacht einnehmen. (N. T.)

Portugal. Lissabon, 9. Mai. Der Versuch, eine Militärverschwörung zu erregen, ist fehlgeschlagen. (N. T.)

Danzig, den 11. Mai.

\* [Wasserleitung für Öhra.] Die Arbeiten am Hochreservoir in Öhra breiten in erwünschtem Grade fort. Außerdem spricht sich auch bei den Besitzern von Öhra vielfach der Wunsch aus, daß ihren Grundstücken der Ausbau an die Wasserleitung verstatte werde und sind deshalb bereits Anträge an den Magistrat gelangt. Da der Wasserreichthum des Quellengebietes das erwartete Quantum jedenfalls liefern wird, dieser Anschluß natürlich auch den entsprechenden Wasserzins als Einnahme liefert, so hoffen wir, daß dem Wunsche der Nachbargemeinde sich keine Hindernisse entgegenstellen werden.

\* [Handelstag.] Der Beginn der Conferenzen des deutschen Handelstages in Berlin ist um eine Woche, vom 24. auf den 31. d. M. verschoben worden. Deshalb werden voraussichtlich auch die Delegirten-Conferenzen der norddeutschen Handelsplätze später als beabsichtigt zusammentreten.

\* [Vaterländischer Frauenverein.] Der Vorstand des hiesigen vaterländischen Frauenvereins hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, 50 Thaler zur Unterstützung mittellosen Abgebrannten nach Berent zu senden.

\* [Turn- und Fecht-Verein.] In der gestrigen Jahres-Haupt-Versammlung wurden die Herren Pernin, Dommasch, Liebmann, Doering und Schulte in den Vorstand, und die drei Erstgenannten außerdem zu Deputirten für den am 16. d. M. in Elbing stattfindenden Provinzial-Turntag gewählt. Statt des ausgetragenen Provinzial-Turnfestes werden die Turnvereine des Provinzialverbandes in den Pfingstferntagen zu einer gemeinschaftlichen Turnfest durch die schöne Höhebergend bei Elbing-Gadinen u. s. w. zusammentreffen.

\* [Im Handwerkerverein] gab gestern der Hr. Vorsitzende den Schluss seines Berichts über die Vorträge von Karl Vogt.

In der daraus folgenden Generalversammlung wurde das vom Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen erforderliche und von Hrn. Klein nach wiederholten Discussionen in den Versammlungen zusammengestellte Gutachten über die Mittel zur Bebung von Kunst und Gewerbe festgestellt. Als solche Mittel werden empfohlen: Bebung des Zeichenunterrichts in den Volksschulen und Anpassung des gesammten Schulunterrichts an die Bedürfnisse des praktischen Lebens, Einrichtung von Gewerbeschulen in den Hauptstädten mit Filialen in Provinzialstädten, Wanderausstellungen von Producten des Kunst- und Gewerbeslebens, verbunden mit Prämierung bester Leistungen. Die Mitwirkung der Regierung wäre hierbei auszuschließen; sie hätte aber alle Hindernisse zu beseitigen, welche sich der Fortbildung der Handwerker entgegenstellen, die Beschränkungen, welche auf den Bildungsvereinen noch lasten, aufzuheben und ihnen Corporationsrechte zu verleihen, die

Beschäftigung jugendlicher Arbeiter zu beschränken und dem Geswerbestande zu seiner Hebung die ausreichenden Mittel zur Disposition zu stellen und endlich den andauernden Kriegsbefürchtungen, die jedes Unternehmen lämmen, ein Ende zu machen. — Während der Sommermonate sollen die regelmäßigen Versammlungen nur einmal monatlich und zwar an jedem ersten Montag im Monat stattfinden. Der zweite und vierte Montag wurde zu geselligen Zusammentreffen in Schröders Garten, der dritte zu einer Vereinigung im Garten des Gambrinus bestimmt. — Am 2. Pfingstferntage wird der Verein Morgens 6 Uhr einen Spaziergang nach der Ostbahn in Öhra und dem Sammelbassin der Wasserleitung machen. Herr F. W. Krüger hat sich bereit erklärt, den Mitgliedern über die Einrichtungen Aufschluß zu geben, auch die Dampfmaschine arbeiten zu lassen.

\* [Gerichtsverhandlung am 10. Mai.] Der Kaufmann Paul Rudolph, gegenwärtig in Berlin, hatte im Jahre 1864 hier selbst ein Weißwarengeschäft begründet und bis Pfingsten 1866 fortgeführt, um welche Zeit er seine Zahlungen einstellte. Ein Concursverfahren wurde nicht eingeleitet, weil keine Maße vorhanden war. Seine Chefrau Selma geb. Buchmann, welche mit H. bei Eingehung der Ehe die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes abgeschlossen hatte, lagte unter dem 18. Mai 1866, 4 Tage nach der Zahlungseinstellung, gegen H. bei Gericht auf Sicherstellung ihres angeblich eingekommenen Wertes von 3107 R., darunter 2000 R. baares Geld und brachte die Beidklage auf das Waarenlager ihres Gemahnen aus. H. erkannte den Anspruch seiner Chefrau an, er überließ ihr sein Waarenlager nach der Taxe auf Anrechnung ihrer Forderung, wodurch dieselbe ihre Klage zurücknahm und das Waarenlager ausverkaufte. Die Passiva des R. betrugen 1188 R. und seiner seitner Gläubiger erhielt irgend welche Befriedigung. Die Rudolphschen Gehrte sind aus § 308 und 9 der Concursordnung angeklagt. Sie räumen die vorwürflichen Umstände ein, behaupten indes den Vertrag bezüglich des Waarenlagers erst eingegangen zu sein, nachdem ihr Schwiegervater resp. Vater, der Lüchermeyer Buchmann hier selbst, es übernommen hatte, sämtliche Gläubiger des R. zu befriedigen. Nach den darüber beigebrachten Beweisen sind von den Schulden des R. im Vergleichswege 361 R. bezahlt. Über die Bezahlung der übrigen Schulden fehlt der Nachweis, indessen bestätigt P. daß er die Bezahlung der Gläubiger übernommen und da hiernach die Absicht nicht vorgelegen hat, die Gläubiger zu beschädigen, sprach der Richter die Angeklagten frei. Dagegen wurde R. mit 1 Woche Gefängnis bestraft, weil er seine Handlungsbücher so unordentlich geführt hat, daß sie keine Übersicht seines Vermögenszustandes gewährten und er es unterlassen hat, alljährlich eine Bilanz zu ziehen.

\* [Berichtigung] In der im gestrigen Abendblatt mitgetheilten Notiz, betr. die im Monat April per Bahn angeliehenen und veränderten Getreidequantitäten ist statt „Last“ zu lesen „Centner“.

\* \* Dirschau. [Verstörung der Oelsaaten.] Unsere Gegend, welche sich in ausgedehntem Maße mit dem Bau der Oelsfrüchte beschäftigt, ist von einer großen Calamität betroffen. Der Glanzläufer, Nitidula aenaea, von welchem einzelne Exemplare die Blüthen des Rüben und des Rapss alljährlich besuchen, hat sich, da die Larven im vorjährigen heißen Sommer besonders begünstigt waren, in diesem Jahre in ungeheurer Weise vermehrt und die Blüthenknospe noch vor dem Aufbruch zerstört. Gleichzeitig häuft in der Wurzel der Pflanze eine Made, die Larve des Erdlohs, Haltica phylloreta, und veranlaßt so das Absterben der Pflanzen. Sowohl auf den auf der Höhe gelegenen Gütern als insbesondere in den für den Bau der Oelsfrüchte vorzüglich geeigneten Werthern werden deshalb die ursprünglich üppigsten und vielversprechendsten Felder umgepflügt und die, welche man bestehen läßt, werden den allerspartiellsten Ertrag liefern. Man hört Gleiches aus dem ganzen Weichselthale.

\* [Ernennung.] Der Gerichts-Assessor Schlingmann ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht zu Neustadt mit der Funktion als Gerichts-Commissionar in Pusig ernannt worden.

— In Bezug auf eine in der letzten Freitag-Abendnummer enthaltene Correspondenz aus Mem werden wir um Aufnahme folgender Entgegnung ersucht: „Es ist unrichtig, daß die hiesigen Aderbesitzer die Anstellung eines Feldhüters auf Communalstellen beansprucht haben. Allerdings haben dieselben die Anstellung eines solchen der mannsachen hier vorliegenden Feldfrevel wegen verlangt, aber sich auch bereit erklärt, die Kosten selbst zu tragen. Zu diesem Zwecke haben sie dem Magistrat die ihnen geleglich gebührenden Jagdpachtgelder — die ihnen freilich seit 18 Jahren gegen den Wortlaut des Gesetzes bisher nicht verabfolgt sind — zur Disposition gestellt und sich außerdem bereit erklärt, das Fehlende unter sich aufzubringen. Wenn Ihr Correspondent der Ansicht ist, daß den Aderbesitzern die — beiläufig jetzt 12 R. pro anno betragende — Jagdpacht mit zu Gute gekommen ist, und darum die Vereinnahmung derselben zur Stadtkasse gutgeheissen werden muß, so sollte er doch bedenken, daß wohl Niemand mit einem geringen Theil sich begnügen wird, der einen nicht zu bestreitenden Anspruch auf das Ganze hat.“

Pelplin, 9. Mai. [Director-Candidaten.] Für die erledigte Stelle eines Directors am R. Schullehrer-Seminar in Berent sind bis jetzt zwei Geistliche in Aussicht genommen, und zwar die H. Sieg, Dirigent des hiesigen bischöflichen Knaben-Instituts, ein Pole, und der Warre Jordan aus Dittrichswalde bei Allenstein, ein Deutscher — Graf Ledochowski, der Posener Erzbischof, traf in voriger Woche ganz unvermutet besuchweise hier ein. Man glaubt, daß der Besuch auf die Angelegenheit der vier des Amtes entrichten Capläne Bezug hatte.

\* Marienwerder, 10. Mai. [Feldwebel Vogel.] Der unter der Anklage steht, im Interesse von Militärspülzügen, die ihm dafür bezahlt haben, zum Zwecke der Befreiung derselben vom Militärdienst sich der Urkundenfälschung schuldig gemacht zu haben, war der Untersuchungshaft in Danzig entprungen. Er ist hier gestern verhaftet und macht dabei den Versuch, sich mit einem Rasirmesser, das er bei sich führte, den Hals zu durchschneiden. Er wurde zwar daran verhindert, wußte jedoch zur Durchschneidung der Pulsader an dem einen Arm noch Gelegenheit zu finden. Sofortige ärztliche Hilfe hinderte die Verblutung. Vogel ist verbunden und vorläufig im städtischen Krankenhaus untergebracht. (Der gleichfalls entsprungene Feldwebel Schröder hat sich bereits freiwillig wieder zur Haft gestellt.)

Königsberg, 11. Mai. Bei dem Brande auf dem Saalheim hat bekanntlich Hr. Prof. Schade einen unersetzlichen Verlust an wertvollen Manuscripten und literarischen Arbeiten erlitten; heute macht die R. H. B. die erfreuliche Mittheilung, daß wenigstens das Hauptmanuscript des hart Betroffenen, das sich auf die Herausgabe der althochdeutschen Klempoësie des Benediktinermonchs Offried bezieht, vollständig aus den Flammen gerettet worden ist.

\* Prof. Dr. Wagner, der durch Infirmität von Leichen-gift schwer erkrankte, hat jetzt eine Reise nach dem Süden angetreten.

Am Sonntage wurde bereits in beiden Badeanstalten des Oberiects gebadet.

\* Orden I. Dem Geh. Ober-Finanzrat und Provinzial-Steuerdirektor v. d. Brinck zu Königsberg ist der Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Rittergutsbesitzer, Reg.-Rat. a. D. Hahnfeld auf Grünenfeld (Kr. Heiligenbeil) die Rettungsmedaille am Bande verliehen worden.

\* [Werbung.] Der R. Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspector bei der Ostbahn, Vogel zu Königsberg, ist in gleicher Eigenschaft nach Berlin versetzt worden.

### Niemisches.

Berlin. [Gegen v. Bakrow] hat man bekanntlich die Anklage wegen des Cornischen Mordes fallen lassen; dagegen soll dieselbe bezüglich des hanischen Falles auf versuchten Mord und



Heute Morgen um 5 Uhr wurden wir durch die Geburt eines Lötterchens erfreut.  
Dirschau, den 11. Mai 1869. (1458)  
Bürgermeister Wagner u. Frau.

Statt jeder besonderer Meldung.

Heute Morgen 8 Uhr wurde meine innigst geliebte Frau Hermine, geb. Glas, von einem gesunden, kräftigen Knaben glücklich entbunden. Danzig, den 11. Mai 1869.

Herrmann Schaefer.

Gestern Abend 10½ Uhr verschaffte sammt nach kurzem Leiden untere geliebte Gattin und Mutter Minna, geb. Fischel, im 62. Lebensjahr. Meyer Davidsohn (1442) und Kinder.

Heute trug 6 Uhr starb nach 3monatlichem schweren Leben an einem chronischen Herzfehler die Frau Witwe

Anna Dorothea Kunz,

geb. Lingau,

in ihrem 70. Lebensjahr.

Diesen herben Verlust der Mutter, Schwiermutter, Großmutter und Tante zeigt statt jeder besondern Meldung tief betrübt an. (1435)

für die Hinterbliebenen:

J. C. Bokstainath.

Danzig, den 11. Mai 1869.

Am gestrigen Tage ward der Geheime Admiralsrat Pfleffer nach längerem Leiden den Seinen durch den Tod entrissen. Im tiezen Schmerz zeigen dies an die Hinterbliebenen.

Berlin, den 10. Mai 1869.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfassung vom 7. Mai ist am 8. Mai d. J. in unser Handels- (Protokuren) Register (unter No. 223) eingetragen, daß der Kaufmann Gustav Emil Tesmer zu Danzig als Inhaber der dafelbst unter der Firma;

G. Tesmer & Co.

bestehenden Handelsniederlassung (Firmen-Register No. 83) den Theodor Tesmer ermächtigt hat, die vorbenannte Firma par procuration zu zeichnen.

Danzig, den 8. Mai 1869.

Königl. Commerz- und Admiralitäts-Collegium.

Steindorff. (1438)

Die Olsche Färberei-Gesellschaft zu Danzig, Verkaufslocal grünes Thor, empfiehlt frischen u. Räucherlachs in jeder beliebigen Größe zu den billigsten Preisen. (1421)

Cichorien, gelb Rosé, gebe ich 28 Pack pr. Thlr. saßweise und ausgezählte. G. J. Sontowski, Hausthor No. 5. Eine Remise ist zu vermittelten Hausthor 5.

Auffallend billig!

100 Stück elegant lithographierte Visitenkarten für 25 Sgr., 60 Bog. bestes Briefpapier mit belieb. Namen für 10 Sgr.

120 - ditto dito für 20 Sgr. mit 25 Stück Couverts gratis,

240 - ditto dito für 1 Thlr. 5 Sgr. m. 50 St. Couverts gratis,

480 - ditto dito für 2 Thlr. mit 100 St. Couverts gratis,

Pathenbriefe, Gratulationskarten, Portemonnaies, Cigarren- und Brieftaschen mit u. ohne Stickerei, Notizbücher, Damentaschen, Ladotassen, Necesaires, Feuerzeuge, Brillenetuis in größter Auswahl empfiehlt

Wilhelm Homann,

No. 4. Glockenthör No. 4.

Total-Ausverkauf zu Spottpreisen.

Spazierstücke von 2½ Sgr. bis 10 R.

Herrenschlippe von 2 Sgr. neueste Muster,

Hosenträger von 5 Sgr.,

echte Wiener Meerschaum-Cigarettenspitzen (unter Garantie) von

2½ Sgr. bis 4 R.

Meerschaumpfeifen von 5 R. an,

Portemonnaies, Cigarrentaschen, Parfümerien und Seifen z.

spottbillig

empfiehlt Rudolph Bluhm,

(1464) Maastrichtsgasse 8.

Photographien

in Cabinet- und Visit-Format.

Interessante Portraits — Mädchenköpfe —

Sculpturen — colorirte Kinderbilder — Ansichten von Berlin — religiöse Bilder z. empfiehlt

in großer Auswahl

(1470) E. Doubbereck,

Langenmarkt 1.

E. Fröhlich & Co., Danzig,

Milchkanngasse No. 11,

empfiehlt ihr großes Lager Getreidefäcke,

Nippesläne und Wollfäcke zu den billigsten

Preisen

Wollfäcke von starkem Drillich und ganz

besonders schwer, von 1 R. 5 Sgr. an, empfiehlt in großer Auswahl

(1481) E. Fröhlich & Co.

Für Bergolder offerire

Blattsilber und Schlagmetall zu Fabrikpreisen.

Friedrich Groth,

2. Damm No. 15.

100 Scheffel Kartoffeln

à 10 Sgr., um damit zu räumen, offeriret

(1471) Graben 16.

# Pflanzen- u. Blumen-Ausstellung

des

## Gartenbau-Vereins zu Danzig.

Um vielfach ausgesprochenen Wünschen entgegen zu kommen, haben wir die Einrichtung getroffen, Passe-Partout-Billets a 15 Sgr. gültig zum beliebigen Besuch der Ausstellung während der ganzen Dauer derselben, und auf die Person lautend, auszugeben.

Dieselben sind allein zu haben in der Buchhandlung des Herrn Th. Bertling, (Gerber-gasse No. 2).

### Die Ausstellungs-Commission.

## Zwei und Dreißiger Rechenschafts-Bericht der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Im Jahre 1868, dem 32. Geschäftsjahre der Gesellschaft, wurden

1003 neue Versicherungen mit Athlr. 1,659,757½ abgeschlossen und

281 Personen mit 342,100 als verstorben angemeldet.

Die Brämien- und Netto-Zinsen Einnahme von 1868 betrug Athlr. 696,191. 19. 11.,

der Versicherungs-Bestand am Schlusse des Jahres:

11,066 Personen mit Athlr. Vierzehn Millionen 760,757½

mit einer Gesamt-Reserve von 3,322,704. 13. 6.

Der Gesammt-Konto ist auf . Athlr. 4,872,185. 7. 9.

die unverheilten Überhälfte der letzten fünf Jahre auf 549,480. 24. 3.

und die Dividende der Versicherer pro 1864 auf 18½ Prozent gestiegen.

Der ausführliche Geschäfts-Bericht pro 1868 kann in unserem Bureau, sowie bei sämtlichen Herren Agenten in Empfang genommen werden.

Berlin, den 7. Mai 1869.

Direction der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

von Bülow. Herzog. v. Magnus. Winkelmann. Busse.

Directoren. vollziehender Director.

Vorstehenden Bericht bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, mit dem ergebenen Be- merken, daß der Geschäftsbericht des Jahres 1868 bei mir unentgeltlich ausgegeben wird, und An- träge auf Versicherungen jederzeit angenommen werden.

Danzig, den 10. Mai 1869.

General-Agent der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Otto Fr. Wendt. (1418)

Mein großes Wäsche-Lager, sowie Steppdecken, wollene Schlaufen und Reisedecken empfiehlt zum billigsten Preise.

(1465) Fr. Carl Schmidt, Langgasse 38.

## Zu den Einsequierungen

empfiehlt in großer Auswahl:

Schwarze Seidenstoffe,

Weisse

Cachemir-Mäntel,

Long-Chales u. Tücher,

E. Fischel. (1469)

Alle Sorten Leinwand zu Segel, Zelten und Marquisen,

Getreidesäcke in bedeutender Auswahl, ordin. u. seine Sackdrills, Nippesläne, Turndrills und Turnanzüge, Tapizerlein bis 4 Elle breit, empfiehlt Preise billig und fest

(1434) Otto Retzlaff.

Neue gelbe märkische Saat-

Lupinen offerirt (1175)

F. W. Lehmann,

Mälzergasse No. 13.

Guts-Verkauf.

Ein Gut von 5 Husen Culmisch, davon 20 Morg. zweischnittige Fluktwiesen, das Uebrige Acker unter dem Pfluge und in hoher Cultur, Aussaat 50 Scheffel Weizen, 40 Scheffel Roggen, 1½ Scheffel Rübien, Inventarium 8 Pferde, 8 Ochsen, 5 Kühe, 200 Schafe, 12 Schweine sc., totales Inventarium vollständig, nebst sämtlichen Maschinen; Gebäude, Wohnhaus massiv und herrschaftlich eingerichtet, an demselben ein großer Garten, sämtliche Wirtschaftsgebäude in gutem Zustande, der Boden in 3. Classe, soll wie es steht und liegt, für 23,000 R. bei 6- bis 8000 R. Anzahlung verkauft werden. Hypotheken fest auf mehrere Jahre.

Alles Nähere bei F. A. Deschner,

Frauengasse No. 36. (1433)

1 Hof von 2½ Husen pr. mit compl. be- stellten Saaten, gutem Boden, festen Gebäuden, 3 Thlr. Abg. bei Braust. ist für 4600 R. bei 1500 R. Anzahl. z. verkaufen Hundeg. 6.

1 Gut, ca. 29 Hus. pr. nahe d. Pommerschen Grenze, ist mit compl. Besatz, Schwefel, für 16000 R. bei 6000 R. Anzahl. zu verkaufen. Näheres bei E. Bach, Hundegasse 6.

Neue Langebrücke No. 12 wird ein Uhrmacher-Lehrling gewünscht. (1480)

Das Grundstück Brodbänkengasse No. 38 ist aus freier Hand zu verkaufen oder auch im Ganzen zu vermieten. Hierauf Reflectirende belieben sich Hundegasse 54 zu melden.

(1443)

Ein Cand. theol. sucht zum 1. Juni ein Engagement. Derselbe besitzt sehr gute Zeugnisse; er war 7 Jahre, dann 5, dann 4 und jetzt wieder 4½ Jahr auf einer Stelle; er ist auch musikalisch. Näheres unter No. 1279 in der Expedition dieser Zeitung.

Ein geräumiges Ladenlokal in der Langgasse oder Nähe derselben wird dauernd zu mieten gesucht.

Gefällige Offertern mit Angabe des Preises wolle man an die Firma:

C. Jenken & Co. in Stettin,

Gr. Wollweberstraße 40, richten.

(1453)

Berliner, Wiener und

Öffenbacher Vederwaaren

in jedem Genre, hält stets in reichhaltigster

Auswahl auf Lager und offerirt wie be-

kannt zu Fabrikpreisen

Louis Loewensohn

aus Berlin,

1. Langgasse 1.

N.B. Spazierstücke von 2½ Sgr. bis

10 Thlr. pro Stdc.

Mein großes Lager von

Papier-, Schreib- und

Zeichnungsmaterialien

empfiehlt in nur reeller Ware zu den

billigsten Preisen.

Louis Loewensohn

aus Berlin,

1. Langgasse 1.

(934)

Bestes Lagerbier

vom Fasse empfiehlt

C. H. Kiesau,

Hundegasse 119, nahe der Post,

Zum Verte-épée-Hähnrichs, zum Ein- jährigen-Freiwiligen-Examen, sowie zu denjenigen Examina's behufs Eintritt in die Königliche Marine, wird, mit Einschluss der Mathematik, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß vorbereitet Sandgrube, Kaninchenberg No. 5, parterre.

Gelbe Saat-Lupinen (Ludwig-Speicher)

(1463) offerirt A. Helm.

Turn- und Fecht-Vere